



Dritter Jahrgang. — Nummer 46

Montag, den 14 November 1921

Für den Ring heraus-

gegeben von Ed. Stadtler

Erwachen

Bei einzelnen tritt jetzt plötzlich bei der großen Masse Langsamter das Erwachen ein. Man erwacht aus dem Rausche der Sinnlosigkeit, aus dem Taumel der Verantwortungslosigkeit, aus dem Schwindel der Illusionen. Noch ist man nicht so weit, daß man die Volksbetrüger an die Saterne hängt. Das deutsche Volk ist ein Volk politischer Kindsköpfe und gutmütiger Kennergeister. Es muß schon sehr hart kommen bis das Volk schüßlich zum politischen Handeln entschließt. Vielleicht sorgt das Schicksal dafür. Niedergeschlagen wird das Erwachen nicht mehr erlauben, daß man sich in neuen Selbstbetrug hinübertritt. Dazu ist die Lage zu schwer. Die Wirklichkeit spricht nun mehr ihr unerbittliches Wort, an dem auch der geschickteste Demagog nicht mehr andern kann.

Der Rückhalt für den faulen Sozialer der vorsätzlichen Erziehungspolitik, der hoffnungsvollen Verständigungspolitik, der automatischen Entwicklung des Weltfriedens wanzt bei Organisationen, bei Parteien und beim Staat. Der Staat selbst fühlt die Erwärmungen, fühlt sein Ende. Wir branden ihm bald nicht mehr an seine Ohnmacht hinzumessen und ihn bevor zu warnen, noch frampfhaft nach innen eine Position vorzutreten. Soseit die eigene Einsicht noch fehlt, lehrt ihn der Franzose die Erkenntnis seines Schicksals, Erfüllungssklave zu sein.

Noch vor kurzem wagte Walther Rathenau sich von "seinen" Beamten im Wiederaufbauamt mit der Erfüllung zu verabschieden, daß der Nationalismus den er bei seinem Amtsantritt vorfinden müsse, ein in Hoffnungswellen Ergebnis der von ihm eingesetzten Verständigungspolitik gewichen sei. Noch wagt Georg Bernhard für seine Leute seine Misserfolge in der Industrialisation in einen Erfolg umzumünzen. Nur andeutungsweise erfährt die Öffentlichkeit, daß die politische G. m. b. H. zur freiwilligen Auslieferung der letzten deutschen Wirtschaftswerte mit ihrem Geschäftsführer Hans Kraemer liquidieren mußte, daß dieser selbst aus dem Präsidium des Reichsverbandes ausstieß. Da allerdings einflußreiche Industrieführer sich politisch mitfangen ließen, möchte man nicht, daß diese Männer für das, was sie zu tun haben und mit ihrem Namen bedienen, der öffentlichen Kritik ausgesetzt werden.

Die Folge solcher Rücksichtnahmen ist aber, daß Georg Bernhard mit der altbewährten G. m. b. H. als ob nichts passiert wäre, weiter in der Öffentlichkeit auftritt und mit einer Unverkennbarkeit, für deren Charakterisierung es ein bestimmtes jüdisches Wert gibt, die Männer, die keine Politik der freiwilligen Sanierung des deutschen Volksvermögens nicht mitmachen wollen, des persönlichen Interesses beschuldigt.

Aber die Männer, von denen Rücksicht und Entschlußkraft jetzt das Letzte abhängt: ob es tatsächlich den Franzosen gelingen wird, sich noch die letzten Rechteitel zu sichern, die ihnen ermöglichen, auf jedes deutsche Werk, auf jede deutsche Welle, auf deutschem Grund und Boden die Hand zu legen und die Beschäftigung und Erziehung des letzten Beamten und Angestellten nicht nur im deutschen Staat, sondern in der gesamten Wirtschaft zu bestimmen — sie sollten wissen, was sie nun mehr zu tun haben. Es muß offen gesagt werden, wie beschämend es ist, daß der Reichsverband sich so lange von Leuten gängeln und in die zweideutige Situation bringen ließ, die der kritische Blick als unklare Köpfe oder als politische Schieber durchschaut.

Man hat das Gespenst des Sozialismus gefürchtet und seinen Wormarsch befürchtet. Georg Bernhard hat diesen Kampf mitgemacht, denn er versteht zwar von Privatwirtschaft. Er hat den Staatssozialismus, der das Schicksal unserer Wirtschaft besiegt hätte, mit absurden sich bemüht. Er erinnerte sich dabei nur ungern, daß er, der ehemalige Sozialdemokrat, sich nach der Revolution der radikalen Gruppe des "Staats geistiger Arbeiter" zur Verfügung gestellt hatte.

Was gefährlicher aber, als der innenpolitische Sozialismus, ist jetzt der außenpolitische Sozialismus, der die Sanierung des deutschen Volksvermögens nach dem Willen der Linde erstrebt und bei dem in ahnungsloser Unwollt die Kar-

te der verdrehten Kleinstädter. Sie S. P. D. und die Partei der "unentwegten Klassenkämpfer", die U. S. P. D. in grausiger Selbstironie mitwirken.

Wenn jetzt der Tag kommt, an dem die Abrechnung mit

dem größten Klassenbetrag des 20. Jahrhunderts, mit dem Marxismus beginnt, so entziehe man vor allem den Marxismus aus den eigenen Reihen, an den maßgeblichsten Stellen! Gutten

Der letzte Schützengraben

Von Eduard Stadtler

Die "Reparationskommission" ist in Berlin eingetroffen. Was führt sie hierher? Was wird sie tun?

Die unverbesserlichen Revolutionärer optimisten, die den deutschen Zusammenbruch deswegen rothaarig machen müssen, weil sie in seinen äußeren Formen verantwortungslos mitwirken haben und weil sie von ihm bis jetzt verächtlichen und karterbesitzenden Klütern zogen sind, schmeißen bei der Hand um und Marzipancken, daß die Meute der "Reparationskommission" zu allerhand Hoffnungen berechtigt: Sie sagen, es reicht in den Reihen der Entente die "Verantwortung", weil infolge der Wirtschaftskatastrophe nicht nur Deutschland geschädigt, sondern auch die Entente in die größten Schwierigkeiten gerückt würde. Der Sturz der Mark habe wirtschaftspolitisch in den südlichen Ländern des Westens dauernd gewirkt, doch die Entente sich zu einer Leaderung ihres Krieges zusammenlädt. Die "Reparationskommission" würde sich in Deutschland vergewissern, wie schlüssig die Legge sei, wie katastrophal der Stand der Staatsfinanzen, wie bedrohlich die Zeitaufgabe und sie würde wohl zu einem andern Entscheid kommen, als zu einer Revision der Diktatforderungen.

Die Marktentwertungs-Schwärmer hatten schon in den ganzen letzten Wochen die Türe vertreten, daß die Marktentwertung ihre "guten Seiten" habe. Daß sie die Entente zur "Einsicht" bringen müsse. Die weniger schwärmerisch verankerten Schwieber sahen in der Marktentwertung ein anderes Potestum, nämlich das Mittel zur Lagesbereicherung und zum Vergessen. Deutlich standen die großen Mosse darüber, die die Marktentwertung zwar als Ursache durchschauten, auch die ungemeinerlichen Folgen derselben, aber, wenn auch widerwillig, mit der Zufolge rechneten und sich mit ihr abfinden.

Die "Reparationskommission" wurde durch die deutsche Marktentwertung aus ihrem Schlummerstand aufgeweckt. Bis jetzt hatte sich nämlich die "Reparation" fast gemüthlich abgespielt. Mit oder ohne Verhandlungen. Die Entente stellte jeweils Forderungen. Der deutsche Staat drohte stets dann zurück hinter die Forderungen, die Drohmittel des Einmarsches gezeigt. Deutschland unterwarf. Deutschland erfüllte. Deutschland kriselte. Und die "Reparationskommission" lebte in luxuriösen Hotels auf Deutschlands Meeren ihre schönen Leben. Nun aber droht plötzlich das ganze Gehörde der "Reparation" unter die Famine der stürzenden Mark zu geraten. Auch die "Reparationskommission" fühlt den Stich, daß sie mitgebrachten werden soll. Deshalb macht sie sich auf nach Berlin, um der G'schäf zu begreifen.

Die "Reparationskommission" wird sich zunächst an die deutsche Regierung wenden, um von ihr "Auflösung" zu erhalten. Da sie nicht die Reichtum eines neugeeroberten Staates benötigt, wird sie selbst die Linie der Auflösung bestimmen. Mit dem toten Ressourcenmaterial des Reichsfinanzministers und den kleinen politischen Herden des Reichslandes wird sie sich nicht abweisen lassen. Sie wird sofort den Finanz auf die eigentliche Wende legen, auf die innerstaatliche gewaltige rätselhafte Spaltung zwischen den "realistischen" innerstaatlichen eintretenden Wirtschaftsleistungen in Deutschland einerseits und dem Währungsbankrott des Staates andererseits. Sie wird bei der Untersuchung des Staatsbankrotts die Entdeckungen machen, daß die staatliche Finanzbehörden geradezu verschwunden ist. Sie wird sich die leichtfertige Notenmarkarbeit beflehen. Sie wird die eigentümliche Finanzgrundlage der staatlichen Verfassungsinstanz prüfen. Sie wird die Stenographie untersuchen. Sie wird ihren eigenen Messstab für notwendige und für weniger notwendige Staatsausgaben mitbringen. Sie wird die Industrieführer vor ihren Tüchern bitten.

Die Finanzkontrolle durch die Entente steht also bevor. Ein Gläubigerausschuss wird die Überwachung und später die Führung der Finanzwirtschaft des Deutschen Reichs an sich reißen. Er wird die Sanierung des Staates im Haushalt fordern. Er wird die Einführung bestimmter Steuern verlangen. Er wird uns eine neue Ausfuhrkontrolle und entsprechende Sollverordnungen dictieren. Er wird das Auscheiden unproduktiver Kräfte aus der staatlichen Bürokratie und aus den vom Staat betriebenen Wirtschaftsinstituten verlangen. Er wird nicht nur die Entlassung von Beamten fordern. Er wird in die Lohnbewegung den überbleibenden Beamten bestimmt eingreifen. Auf dem Wege staatlicher Steuerpolitik wird er an die private Wirtschaft herankommen. Er wird durch eine Art Staatssozialisierung aufgrund einer kapitalistischen Rente für die Entente teilweise durch Erzeugnisse und Stiftungen eine mäßige Konkurrenz besitzen.

Alles was in Deutschland seit 1917 zur Defaitistenfront gehört, schwelt in dem die Religation.

Und liegt sich eine neue Illusion vor. Sozialistische Führer, die ihr Leben lang die Wörter "Weltkrieg" und "Weltkatastrophen" gleichgesetzt hatten, feiern den 9. November, den Tag der Ankunft der Reparationskommission, als republikanisches Feierfest. Seegerne "Politiker", von denen die Hebzüge nun kommenden Dingen vorausgesagt, wenn sie mit dem Tag nicht fertig würden, lösen im Schreibstil, am Wörtchen oder an der Rednertribüne des Parlaments die Quadratur des Kreisproblems. Alle Welt redet vom "Chaos", stellt sich über darunter eine gefährliche und runde Sache vor. Die meisten glauben man könne die Chaos als sanftes Zubringen gebrauchen. Das Landes überläßt man den Erbfeinden der angreichen Weststaaten und der bolschewistischen Liegentreppen.

Doch nein! Die Defaitistenfront zeigt noch Leben. Sie kann nicht.

Am 5. November hat nämlich ein machtvoller Teil Deutschlands einen zwar kleinen, aber außerordentlich bedeutenden Schritt zur Organisation eines deutschen Verbündeten gegen einen neuen Feind unternommen. Die Unternehmer aller Industrieorganisationen waren als ganz Deutschland verbündet, um "Stellung zu nehmen". Der "Staat" hatte sich an sie gewandt, um ihre Hilfe beim militärischen Kosten der "Reparation" zu erlangen. Die Industrie als Gesamtorganisation sollte ihren Staatskredit zu einem großzügigen Willen für den Staat herabsetzen. Unter der heftigen Führung von Möller, die als "Wirtschaftler" um den heutigen entarteten Staat röhrend besorgt sind, hatte sich der Vorstand des Reichsbundes der Industrie am 5. November in das Recht des "Staates" Indien lassen. Anlässlich der Münchener Tagung hatte sich die Generalversammlung am selben Tage über die Zukunftsfähigkeit der Industrie gegenüber dem Staat bekannt. Unzufrieden aber hatte man sich beworben. Wirtschaftler denken wirtschaftlich. Wenn sie sterben gewohnt, wollen sie in zusammenreihen, wer der Schuldig ist. Und sie schufen die Armee: was ist deren die "Staats"? Den wir als deutsche Industrie durch Kreditnahme im Ausland ein Dokument zu senden werden sollen? Antwort: Ein Dokument unterstehen! Und die besten unter ihnen erkannten, daß die "Reparation" nur ein Einheitsmaß war für den Fortschritt des gesamten deutschen Industrie- und Volkswirtschaftsappels des "Staates" hin eingesogen werden sollte.

Und so kam innerhalb der Industrie der Gedanke auf, daß querüber der beträchtlichen Betriebsaktion des Staates eine echte Wettbewerbshaltung der Wirtschaft verhindert und praktisch eingeschaltet werden müsse. Nicht soll die Industrie ohne weiteres in das Monopolnetz des bankierten Staates fallen. Sie können Sicherheit schaffen, besonders dann nicht, wenn der Staat eine extremistische Aufsicht veranstaltet, der Wirtschaft ihre Selbstregulation vornehmen läßt. Selbst innerstaatliche Wirtschaftlichkeit besteht den Feind durch grundästhetische Führer im Staat nicht. Von einem wirtschaftlichen Staat müßte die Sicherheitswelle des Gesamtwirtschafts-Schutzes gehalten, um gegen die kontrahierenden transnationalen Sicherungen zu wirken. Anderswo müßte in diesem System diesem wirtschaftlichen Staat an der Seite, den das deutsche Volk erwartet noch nie hat, in der Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft den Vorriffen der Kirche standhalten, ihrem Verzweiflungswillen Widerstand entgegensetzen. Das war

Eduard Stadtler

sprach Montag, am 21. November, abends 8 Uhr, in Metzler-Saal, Berlin-Köthener Straße 38, über

,Katastrophenpolitik'

Karten für numerierte Sitzplätze je 5 M. bei Vose & Vogt, Berlin. Leipziger Straße 37 und Zoogartenstraße 7, außerdem beim Verlag „Gewissen“, Berlin-W 30, Moisach 22. Bei Vorbestellung auf Postkonto 100 Berlin 81654 erfolgt sofortliche Zusendung.